

Keine Friedenschance auf dem Balkan?

Autor(en): **Hübner, Michael**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **164 (1998)**

Heft 12

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-65394>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Keine Friedenschance auf dem Balkan?

Michael Hübner

Unmittelbar nach dem Beginn einer scheinbar neuen Weltordnung erlebte der europäische Kontinent kriegerische Auseinandersetzungen, die in ihrer Brutalität und Menschenverachtung kaum mehr zu überbieten sind. Selbstsucht und ethnische Verblendung ersetzen die politische und menschliche Vernunft.

Um die Gruppen der Willigen, internationalen Organisationen, die freiwilligen Spender und Helfer ist es eher still geworden. Die Geduld der Nichtbetroffenen mit den Bedürftigen nutzt sich ab. Der physische, soziale und mentale Wiederaufbau einer kriegsgequälten Region scheint sich vor dem Hintergrund nachlassenden Interesses zu verlangsamen.

Diese Entwicklung sollte angesichts der Ereignisse im Kosovo und ihrer

fatalen Parallelität mit dem Erlebten in der gleichen geographischen Zone alarmierender denn je wirken.

Haben die internationale Staatengemeinschaft und die in ihrem Auftrag handelnden Organisationen nicht nur in der Früherkennung, sondern auch in der Eindämmung und der Beendigung der Balkan-Krise versagt? War einer der teuersten und längsten militärischen Einsätze dieser Gemeinschaft nach dem 2. Weltkrieg in diesem Umfang erforderlich? Die Beantwortung dieser Fragen gewinnt an Bedeutung, je mehr die Staaten und Organisationen in Europa zusammenwachsen, Kohärenz und Vertrauen bilden müssen und für diese Phase ihrer Entwicklung Frieden und Stabilität benötigen. Vor dem Hintergrund knapper werdender finanzieller Ressourcen und vorhersehbarer Einschnitte in das eigene soziale Netz werden die betroffenen Gesellschaften nicht mehr un widersprochen Belastungen tragen wollen, die von Kriegsverbrechern und politischen Hasardeuren verursacht wurden.

Die derzeitige Welt wird absehbar nicht besser werden. Krisenbewältigung und der Wille zur Hilfe im Falle der Not sind dringlich. Um so notwendiger erscheint die Darstellung des objektiven Erfolges in der Gesamtheit der Bewältigung einer Krise. Erfolg, der nicht durch unzutreffende und überzogene Kritik zerredet wird, ermutigt zu neuen Ansätzen und setzt neue Synergien zur Hilfe frei. Der erkennbare Wille zum konsequenten Widerstand, auch unter bewusster Inkaufnahme von Fehlern, entmutigt auf Dauer skrupellose Machthaber.

Die internationale Staatengemeinschaft hat im Hinblick auf die Eindämmung der Balkankrise Fehler gemacht. Diese Fehler waren jedoch die zwangsläufige Abfolge eines Missverhältnisses zwischen der konventionellen und international akzeptierten Auffassung über politische Verhaltensnormen, deren überschätzte positiven Einflüsse auf das Balkan-Krisenmanagement und der enormen Ignoranz der lokalen Akteure gegenüber der herkömmlichen Kultur des Denkens und Handelns.



Michael Hübner,
Oberst i GSt,
Deutsche Bundeswehr,
Fakultätsmitglied am
Genfer Zentrum für
Sicherheitspolitik (GCSP).

1992 bis 1995: Die Vereinten Nationen schaffen keinen Frieden

Die eingangs geschilderten Umstände waren wesentliche Grundlage für das zur Wiederherstellung des Friedens wenig erfolgreiche Engagement der Vereinten Nationen auf dem Balkan zwischen 1992 und 1995. Dabei enthielt das hierzu vom Sicherheitsrat erteilte Mandat durchaus die bislang bewährten und in vorherigen Einsätzen erfolgreichen Kriterien:

- Trennung der Konfliktparteien,
- Demilitarisierung der Konfliktzone,
- Garantierter Schutz der Zivilbevölkerung in definierten Zonen,
- Operationen zur Gewährleistung humanitärer Hilfe,
- Verbund diplomatischer Vermittlung und militärischer friedensschaffender Einsätze.

Die bis dahin als nützlich erkannten Mechanismen und organisatorischen Mittel erwiesen sich jedoch nachträglich angesichts der Rücksichtslosigkeit und Entschiedenheit der örtlichen Kriegsparteien im ehemaligen Jugoslawien als unzulänglich. Die Bürgerkriegsformationen erzwangen relativ schnell militärische Gegenoperationen, die in dieser Intensität und in diesem Umfang überraschend waren.

Eine positive Veränderung der Lage in Richtung der durch das UN-Mandat vorgegebenen Ziele erforderte sichtbare militärische Erfolge. Diese Erfolge hätten nur errungen werden können mittels

- eines klaren, durch das Mandat abgesicherten und definierten **Kampfauftrages**,
- **klarer Kommando-** und Informationsstrukturen,
- gut ausgebildeter und entsprechender Auftrag und Einsatzregion **ausgerüsteter Kampftruppen**,
- einer wirkungsvollen Kampfunterstützung **auch aus der Luft**,
- der Fähigkeit aller eingesetzten Truppenkörper zu **gemeinsamen Operationen**.

Die Realität vor Ort war Garant für den **militärischen Misserfolg**, der um so bitterer für die im Auftrag der UN eingesetzten Soldaten wirken musste, da sie durchaus hätten handeln können, jedoch häufig mit legal gebundenen Händen zum Zuschauen verdammt waren.

Das Gesetz des Handelns lag bei den örtlichen Kriegsparteien, Splittergruppen oder Warlords. Seitens der UN übte der Special Representative of the Secretary General (SRSG) eine zentralisierte Kommandofunktion im Bereich der politischen Direktive, des logistischen Systems und der Verwal-

tung (wahrgenommen von zivilen UN-Angestellten) mit **unerträglich langen** Entscheidungswegen aus. Die militärischen Kommandeure vor Ort hatten eingeschränkte Entscheidungsfreiheit, widersprüchliche Befehlsstrukturen und unzulänglichen Zugriff auf die internationale Logistik. Sie waren beispielsweise nicht in der Lage, unterversorgte oder unzureichend ausgestattete Truppenteile in ihrem Zuständigkeitsbereich durch Versorgungsausgleich über andere nationale Kontingente besser zu stellen.

Der Einsatz kurzfristig verfügbarer NATO-Luftstreitkräfte kam nur zögerlich zustande, «No-Fly-Zones» wurden wenig überzeugend durchgesetzt, NATO-Soldaten wurden vereinzelt zu Geiseln, leicht bewaffnete Truppen im Auftrag der UN standen **hochgerüsteten «Bürgerkriegern»** gegenüber.

Das hilflose Hinnehmen von Angriffen auf die vorher **deklarierten Schutz-zonen** um Srebrenica und Zepa bildete den traurigen Höhepunkt internationaler Hilflosigkeit; dennoch verhüteten der selbstlose Einsatz aller Kräfte in einer Fülle von Einzelaktionen und der militärische Schutz für die zwischen den Fronten arbeitenden Hilfsorganisationen das Schlimmste und retteten unzählige Leben.

Die Zeit war reif für einen grundlegenden Wandel in der Interpretation der **Angemessenheit friedensschaffender Massnahmen**. Die grausame Realität des Mörserangriffs auf den Marktplatz von Sarajewo am 28.8.1995 markierte den Wendepunkt: unwirksame Verhandlungslösungen als gewollter Ausdruck internationalen Willens gemäss Kapitel VI der Charta der Vereinten Nationen waren nur mit eindeutigen und überzeugenden militärischen Operationen gemäss Kapitel VII der Charta durchsetzbar.

1995 bis 1998: Die Wiederherstellung des Friedens in Bosnien – Eine gelernte Lektion –

Die Inhalte des Abkommens von Dayton und der Londoner Konferenz zur Implementierung des Friedens in Bosnien bildeten den politischen Rahmen für die überfällige und nunmehr auch schnell sichtbar werdende Erfolgsgeschichte der 60000 Mann starken Implementation Force (IFOR). Die klare Mandatierung eines militärisch leistungsfähigen Bündnisses (NATO) unter Einschluss weiterer zur Unterstützung bereiter Nationen und robuste militärische Kräfte mit klarem Kampfauftrag, die aufgrund der Über-

zeugungskraft dieses Auftrages häufig nicht kämpfen mussten, führten zur Durchsetzung des UN-Mandats. Die Kriegsparteien wurden voneinander getrennt, die Kampfhandlungen isoliert und unterbunden, der Waffenstillstand durchgesetzt: eine Situation, in der in der Vergangenheit ein UN-Einsatz häufig erst begann.

Umfangreich erforderliche Überwachungs- und Inspektionsaufgaben in der gesamten Region zur frühzeitigen Ausschaltung entstehender Konfliktsituationen und zur Durchsetzung der Abrüstungs- und Rüstungskontrollmassnahmen rechtfertigten die hohen Truppenstärken. Zivil-militärische Operationen der Streitkräfte traten dabei vermehrt in den Vordergrund und schufen Vertrauen der örtlichen Bevölkerung in den internationalen Einsatz.

Die neue Form der Friedenserhaltung: ein Prüfstein für moderne Streitkräfte und eine Herausforderung für die Zukunft

Militärische Operationen gemäss Kapitel VII der Charta der UN, die der Völkergemeinschaft wohl immer häufiger abverlangt werden, fordern das gesamte Spektrum moderner Streitkräfte. Isolierte Aktionen kleinerer Kontingente, mit Ausnahme reiner Beobachtermissionen, werden bedauerlicherweise immer unwahrscheinlicher. Richtige Einsatzvoraussetzungen und optimiertes Material sind entscheidende Parameter im Hinblick auf einen erfolgreichen und vor allem kurzen Einsatz mit geringstmöglichen Verlusten. Dabei schwinden die Unterschiede zu einem hochintensiv geführten Krieg; der Golfkrieg und der Einsatz in Bosnien basieren auf **gleichen Erfolgskriterien**:

■ einem klaren politischen Mandat und einem definierten Endzustand (**was ist zu erreichen?**),

■ einer wirksamen und ununterbrochenen **Aufklärung**,

■ **Führung aus einer Hand** mit entsprechenden Kommunikationsmitteln,

■ standardisierte und **eingeeübte Verfahren zur Zusammenarbeit** (Übertragbarkeit der Erfahrungen aus möglichen Einsätzen der NATO nach Artikel V des Nordatlantischen Vertrages),

■ **zeitgerechtem Eintreffen** ausreichend starker, richtig ausgerüsteter und zur Führung von «Joint-/Combined Operations» befähigter Truppenkörper,

■ politisch festgelegter **militärischer Verhaltensregeln** mit der Fähigkeit zur

Eskalation/Deeskalation der Lage unter Beibehaltung der politischen Kontrolle und Aufrechterhaltung grösstmöglicher Handlungsfreiheit der militärischen Führer vor Ort (Rules of Engagement),

■ **Durchhaltefähigkeit** mittels einer leistungsfähigen Logistik und schnell verfügbarer Austauschkontingente,

■ eines leistungsfähigen Sanitätsdienstes mit den gleichen Möglichkeiten wie im Entsendeland (auch als unschätzbare psychologische Stütze für die eingesetzten Kontingente),

■ eines Sicherheitskonzeptes für alle in der Region operierenden Hilfsorganisationen.

Im Hinblick auf ein ausgewogenes Verhältnis zwischen örtlichen Einsatzanforderungen und der entsprechenden Logistik zeigten die nationalen Industrien der Entsendestaaten eine bemerkenswerte Flexibilität und Innovationsfähigkeit. In kürzester Zeit wurden der Schutz von Personen und Material und Elemente der Aufklärungs- und Führungsfähigkeit verbessert, Grossgerät und dessen Bewaffnung modifiziert, technische Ortungs- und Evakuierungsmöglichkeiten geschaffen, die Feldverwendungsfähigkeit von handelsüblichem Material bewiesen und Registrierung, Verlege- und Feldlagerfähigkeit von Versorgungsgütern optimiert. Manches hiervon hätten sich militärische Führer schon zur Zeit des Kalten Krieges und entsprechender Einsatzkriterien innerhalb von 48 Stunden gewünscht.

Der Krieg auf dem Balkan hat bislang einen hohen Preis gekostet. Das Erreichte und die gewonnenen Erfahrungen waren diesen Preis wert. Die Vereinten Nationen haben alte Tugenden zurückgewonnen oder neue Tätigkeitsfelder besetzt. Der ursprüngliche Ansatz, Art. VII Operationen ausschliesslich in eigener Regie zu führen, der Einsicht, hierzu befähigte Allianzen zu mandatieren. Der Frieden war häufiger erst zu erzwingen als denn zu erhalten.

Die Streitkräfte vieler Nationen werden den neuen Anforderungen angepasst; auf diesem Feld liegt die Herausforderung für die Vorhersagefähigkeit der Streitkräfteplaner. Die **«Allianzen der Willigen»** unter der Flagge der UN werden wachsen.

Dennoch schwinden erneut die Chancen auf einen Frieden auf dem Balkan. Der Lackmустest Kosovo hat gerade erst begonnen. Die Androhung militärischer Gewalt zur Durchsetzung des legitimen internationalen politischen Willens überzeugte bisher nur vor dem Hintergrund einsatzbereiter Streitkräfte; noch ist offen, ob diese gebraucht werden. ■